

BERLINER RUND SCHAU

CHARAKTERISTISCH • DEUTLICH • UNVERFÄLSCHT

32. Jahrgang • 3. Ausgabe
April 2006

97,5 % für Friedbert Pflüger Signal des Aufbruchs



Geschlossenheit und Siegeswillen. Lange Worte, die einen kurzen Parteitag so trefflich beschreiben. Mit 97,5 Prozent der Delegiertenstimmen wurde dieser neue

Aufbruch mit einem Namen verbunden – Friedbert Pflüger. Der in geheimer Wahl nun frisch gewählte Spitzenkandidat feuerte erneut die Entschlossenheit der Delegierten

an, den rot-roten Senat abzulösen. Denn so Pflügers Credo und der Wahlslogan der Hauptstadt-CDU: Berlin kann mehr. Bundeskanzlerin Angela Merkel wünschte sich

bei diesem Mehr auch ein Mehr an CDU für die Hauptstadt, die zu ihrer zweiten Heimat geworden sei. *Lesen Sie mehr zum Landesparteitag auf den Seiten 4 und 5.*

Gemeinsam mehr können

„Gemeinsam können wir mehr“, sagt der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt und meint damit nicht nur die neue Geschlossenheit in der Berliner Union. Schmitt: „Ich lade alle in Berlin herzlich ein, bei der Erstellung unseres Wahlprogramms zu diskutieren und

ihre Ideen einzubringen.“ Eine Aufforderung, die sich auch auf dem Programmentwurf der CDU Berlin wiederfindet. „Ein Diskussionsangebot an alle Berlinerinnen und Berliner“, heißt es dort auf der Titelseite. Wer wie die CDU meine, so Schmitt, dass die Hauptstadt durch Rot-Rot unter Wert regiert werde, dass 300.000 Arbeitslose, 20 Milliarden neue Schulden, 600.000 ausgefallene Unterrichtsstunden geradezu nach einem Neuanfang rufen, der solle sich den Programmentwurf unter www.cduberlin.de herunterladen oder in der CDU-Landesgeschäftsstelle bestellen (Wallstraße 14A, 10179 Berlin) und mitdiskutieren.



CDU-Landesvorsitzender Ingo Schmitt

Spitzenkandidat nominiert. s. 4/5



Rot-Rot macht Berlin ärmer. s. 6



Hilferuf der Rütli-Schule. s. 8



Flierl im Stasi-Geflecht
Seite 3

Das Kartell der Heuchler

Die Berliner CDU befindet sich gemeinsam mit Friedbert Pflüger weiter auf dem Vormarsch. Mit einer überwältigenden Mehrheit von 97,5 Prozent wählte ihn die Partei am 31. März zu ihrem Spitzenkandidaten. Auch laut einer aktuellen Emnid-Umfrage erfreut sich Pflüger in der Bevölkerung steigender Beliebtheit. Warum? Weil er in vielen Reden und Gesprächen deutlich macht, dass er an Berlin glaubt. Und weil er die Sorgen der

weil er von einem zutiefst kleinkarierten und provinziellen Denken zeugt. Berlin, das ist Weltoffenheit und Kiezverbundenheit zugleich. Hier verbindet sich Neues mit Altem. Es gibt viele, die sich nach 1990 in Berlin niedergelassen haben und nun das Leben in der Stadt bereichern: Studenten, Künstler, Unternehmer. Berlin, das sind genauso die rund eine Million Neuberliner wie auch die Alteingesessenen im Ost- und Westteil der Stadt. Zusammen ergeben sie

eine kreative, pulsierende Mischung, die Berlin erst aufregend und interessant macht. Dieses großartige Potential unserer Stadt zu beleidigen, halte ich für einen schweren Fehler. Vielleicht haben die Sozialdemokraten die Entwicklung in den letzten Jahren aber auch wie so vieles einfach ver-

schlafen. Denn wir wissen ja schon aus der Vergangenheit, wie lange die SPD braucht, um den gesellschaftlichen Realitäten ins Auge zu sehen, vor allem im Bereich der Bildungs- und Integrationspolitik. Die dramatischen Zustände an der Rütli-Hauptschule verdeutlichen dies. In dieser Debatte stehen die Berlinerinnen und Berliner jedoch einem politischen Kartell der Heuchler gegenüber. Jahrelang hat die SPD Multikulti gepredigt, nun spricht der Neuköllner SPD-Bürgermeister Buschkowsky vom multikulturellen Scheitern in seinem Bezirk. Noch Ende der 90er Jahre hat Schulsenator Böger die Forderung der CDU nach verpflichtenden Deutschkursen als ‚Deutschtümelei‘ verunglimpft. Das einzig Aufrichtige, was der Schulsenator in diesem Zusammenhang von sich gegeben hat, ist die Aussage, dass er, dass der rot-rote Senat die Verantwortung für die Zustände an der Rütli-Hauptschule trage. Dieser Verantwortung wird sich auch die SPD am 17. September stellen müssen.



Henkel redet Klartext

Berlinerinnen und Berliner Ernst nimmt. Wir erleben in diesen Tagen, wie sich das politische Klima in Berlin wandelt. Die Berliner CDU hat sich aus ihrem zwischenzeitlichen Umfragetief befreit und in den vergangenen vier Monaten fünf Prozentpunkte zugelegt. Die Sozialdemokraten hingegen verlieren dramatisch an Zustimmung. Der scheinbar sichere SPD-Vorsprung von 20 Prozentpunkten im November 2005 ist auf magere neun Prozentpunkte zusammengeschmolzen. Die Nervosität, die sich bei den Funktionären und Wahlkämpfern der Sozialdemokraten angesichts der drastischen Verluste breit macht, lässt sich förmlich mit den Händen greifen. Deshalb schrecken die Genossen auch vor hässlichen Mitteln nicht zurück. Der SPD-Landesvorsitzende Müller versuchte unlängst, den CDU-Spitzenkandidaten zu diffamieren, indem er ihn abfällig als „diesen Herrn aus Hannover“ bezeichnete. Doch dieser Versuch der Stigmatisierung wird nicht von Erfolg gekrönt sein,

SPD-Verkehrspolitik=Sackgassenpolitik



Ingo Schmitt

Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Ingo Schmitt, weist auf die verheerende

verkehrspolitische Bilanz des rot-roten Senats hin. Zwar schmücken sich der Regierende Bürgermeister und die Verkehrsministerin derzeit bei der Einweihung von verkehrlichen Großprojekten damit, was sie alles vorgebracht hätten; die Wirklichkeit sieht jedoch ganz anders aus. „Kein einziges eigenes Projekt hat diese Landesregierung auf den Weg gebracht. Weder war sie in der Lage, endlich die Französische Straße - es fehlen nur wenige hundert Meter - zu Ende zu bauen, noch eine vernünftige Anbindung des zukünftigen Hauptbahnhofes durch U-, S- und Straßenbahn sicherzustellen“, sagte Schmitt. Sackgassen aller Orten. Angesprochen auf den Baubeginn des Flughafens Berlin-Brandenburg-International sowie auf die Inbetriebnahme des Lehrter Bahnhofs er-

klärte der heutige Bundestagsabgeordnete und Verkehrsexperte der Berliner CDU: „Ob es um BBI, den neuen Hauptbahnhof oder den jetzt erst eröffneten Tiergarten-Tunnel geht - dies alles sind verkehrspolitische Vorhaben, die noch vom Diepgen-Senat beschlossen wurden. Ich war in meiner damaligen Funktion als Staatssekretär für Verkehr und Bauen

mer ein ständiges Ringen mit der SPD voraus - und so manches Zugeständnis, was die CDU machen musste. Der Tiergartentunnel durfte nur als Stadtstraße und nicht als Stadtautobahn gebaut werden. Die Folge war, dass die Finanzierung weitgehend von Berlin getragen werden musste. Bei dem Aufbau einer leistungsfähigen Eisenbahnstruktur wurde lange



an einem Großteil der Planungen persönlich beteiligt und kann daher heute noch ein Lied singen vom täglichen Kleinkrieg mit den Sozialdemokraten.“ Die Umsetzung der vorgenannten Verkehrsprojekte setzte in der Großen Koalition im-

über das Pilzkonzept, so wie es letztlich verwirklicht wurde, gestritten. Ebenso problematisch war es beim Großflughafen. Die Sozialdemokraten wollten nicht Schönefeld sondern „jwd“, also etwa Sperenberg oder Jüterburg.

Union kündigt Kombilohn-Modell an



Ronald Pofalla

CDU/CSU wollen bereits im Mai ein Kombilohn-Modell vorlegen. Ziel sei es, die eine Mil-

lion Arbeitslosen unter 25 Jahren und den über 50-jährigen Langzeitarbeitslosen wieder eine „echte Perspektive“ zu eröffnen, so der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla, in der „Wirtschaftswoche“. Darüber hinaus werde die Union weitere Maßnahmen anstoßen, um für mehr Wachstum und Beschäftigung zu sorgen. Pofalla: „Wir führen die zweijähri-

ge Probezeit bei Neueinstellungen ein, was auch gerade von den mittelständischen Arbeitgebern gewünscht war. Die Personal-Service-Agenturen sind bereits massiv eingeschränkt worden. Die ICH-AGs in ihrer jetzigen Form werden zur Jahresmitte abgeschafft.“ Pofalla weiter: „Wir haben im Koalitionsvertrag festgeschrieben, sämtliche arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Bundesagentur für Arbeit zu überprüfen und das zu streichen, was nicht funktioniert. Und es wird der Kombilohn kommen. Wenn wir das alles in diesem Sommer erreichen, haben wir ein ambitioniertes

Programm bewerkstelligt. Wenn sich dann zeigen sollte, dass dies nicht ausreicht, um die Arbeitslosigkeit zu senken, werden wir mit der SPD über weitere Maßnahmen sprechen.“ Der CDU-Politiker warnte jedoch, die Debatte um Arbeitsmarktreformen zu überstürzt zu führen: „Wenn wir dauernd nur über neue Maßnahmen reden würden, bevor wir die bereits beschlossenen Maßnahmen überhaupt umgesetzt haben, würden wir die Menschen überfordern und Vertrauen aufs Spiel setzen. Das Arbeitsprogramm der großen Koalition ist bereits enorm.“

Flierl im Stasi-Geflecht gefangen



Linkspartei-Kulturse-nator Flierl wurde von seiner eigenen Vergangenheit und der seiner

Partei eingeholt. Auf einer Veranstaltung zur Geschichte der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen hat er es zugelassen, dass ehemalige Stasi-Offiziere die Opfer der zweiten deutschen Diktatur in unerträglicher Weise beschimpft und das SED-Unrecht geleugnet haben. Die Verstrickungen der SED-Nachfolgepartei in das Geflecht von Stasi-Ehemaligen sind offensichtlich tiefer, als bislang bekannt war. Flierls Schönfärberei der Täter als ‚Zeitzeugen‘ und seine passive Haltung sind Ausdruck einer klammerheimlichen Sympathie der Linkspartei für die SED-Alt-kader, die die deutsche Geschichte nach mehr als 16 Jahren nach der Wende umschreiben wollen. Kein Zufall, dass ausgerechnet im Buchladen der Parteizentrale der Linkspartei, dem Karl-Liebnecht-Haus, Bücher eines Sammelbeckens von ehemaligen Stasi-Leuten vertrieben werden. In denen wird wie auf der besagten Veranstaltung in der BVV Lichtenberg Geschichtsklitterung sowie Hetze gegen den Hohenschönhausener Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe in übelster Weise betrieben. Bezeichnend ist,

dass die Organisation der Stasi-Ehemaligen ihren Sitz im Haus der Leib- und Magenzeitung der Linkspartei, dem ‚Neuen Deutschland‘, am Franz-Mehring-Platz in Friedrichshain hat. Die CDU-

mit der KPD 1946 zwangsvereinigt wurde, hat die Berliner SPD das Verhalten von Flierl nicht gerügt und eine Missbilligung wegen seines wohlwollenden Verhaltens gegenüber den alten Stasi-

es an Flierl, die ebenfalls überfällige Entschuldigung nachzuholen, als Senator zurückzutreten und damit den Weg für eine Neubesetzung des Stiftungsratsvorsitzes der Gedenkstätte Hohen-



Der Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, Dr. Hubertus Knabe, im Gespräch mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Nicolas Zimmer und Generalsekretär Frank Henkel (v.l.)

Fraktion und die anderen beiden Oppositionsparteien haben nach diesem skandalösen Auftritt eine Resolution in das Berliner Abgeordnetenhaus eingebracht, die das unverantwortliche Verhalten der ehemaligen Stasi-Leute und das von Flierl aufs Schärfste verurteilt. Obwohl viele Sozialdemokraten selbst von der SED verfolgt wurden, von der Stasi menschenrechtswidrig in Zuchthäusern eingesperrt worden sind und die Partei

Kadern abgelehnt. Selbst die SPD-Abgeordnete Seidel-Kalmutzki, deren Familie selbst unter dem Regime gelitten und eine bewegende Rede gehalten hat, stimmte gegen eine Rüge Flierls. Erst auf ihrem Parteitag, immerhin mehr als zwei Wochen später, legte die SPD dem Kultursenator den Rücktritt nahe. Ein längst überfälliger Schritt, den die Berliner Union und die Opferverbände zuvor schon eingefordert hatten. Jetzt liegt

schönhausen freizumachen. Die Union hat schon Konsequenzen gezogen und eine Gesetzesänderung im Abgeordnetenhaus beantragt. Nach der soll nicht mehr der Kultursenator automatisch Stiftungsratsvorsitzender der Gedenkstätte Hohenschönhausen sein, sondern eine vom Senat zu benennende Persönlichkeit, die im Gegensatz zu Flierl Kompetenz, Glaubwürdigkeit und vor allem das Vertrauen der Opfer besitzt.

In Kürze

Berliner CDU trauert um Horst Gibtner

Die Berliner CDU trauert um ihr langjähriges Mitglied Horst Gibtner, der am 2. April 2006 plötzlich und unerwartet nach einem Herzinfarkt verstorben ist. Der ehemalige Köpenicker CDU-Kreisvorsitzende Gibtner war Verkehrsminister unter Lothar de Maizière in der ersten frei gewählten DDR-Regierung und saß für die CDU von 1990 bis 1995 im Deutschen Bundestag. Die Beerdigung findet statt am Montag, 10. April, 11 Uhr, auf dem Waldfriedhof Wuhlheide.

Merkel kündigt nationales Energiekonzept an

Nach dem ersten Energiegipfel kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel an, die Branche wolle bis zum Jahr 2012 mehr als 30 Milliarden Euro in neue Kraftwerke und Energienetze investieren. Im gleichen Zeitraum sollen im Bereich der erneuerbaren Energien „Investitionen von 33 bis 40 Milliarden Euro“ getätigt werden. Der Gipfel habe aber auch gezeigt, dass es „strittige Punkte“ gebe wie den Atomausstieg.

BBI ohne Schnick-Schnack – Flughafenkonzept prüfen

„Das Konzept für den Großflughafen BBI muss an der Realität ausgerichtet werden“, so der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Alexander Kaczmarek. Er kritisierte zudem neuerliche Forderungen nach einer Schließung des Flughafens Tempelhof. „Wir sind auch künftig auf die Kapazitäten des City-Airports angewiesen. Eine Schließung wäre im Kontext vergleichbarer Metropolen von London über Paris bis Rom und auch New York töricht.“

Union für einen Nationalen Aktionsplan Integration



Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Integrationsgipfel mit Vertretern

von Bund, Ländern und Kommunen, aber auch von Tarifpartnern, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden angeregt.

Der Fraktionsvorstand hat dazu am 3. April ein entsprechendes Positionspapier beschlossen. Auf diesem Gipfel soll ein

„Nationaler Aktionsplan Integration“ verabschiedet werden, der „konkrete Ziele mit konkreten Fristen“ vereinbaren soll. Ein Bündel von Maßnahmen aus der Sozial- und Bildungspolitik, aber auch ausländerrechtliche Vorschriften sollten untersucht und angeboten werden, forderte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder. Von allen, die in unserem Land leben, erwartete Kauder, dass sie „in der Gesellschaft“ leben und dass sie sich an bestimmte in unserer Gesell-

schaft geltende Verhaltensmuster und Gesetze hielten. Forderungen nach Abschaffung der Hauptschule wies Kauder erneut zurück. Nicht die Hauptschule sei das Problem, sondern die mangelnde Integration der jungen Menschen, stellte er fest. Jedes Kinder, das in die Grundschule komme, solle so gut Deutsch beherrschen, dass es dem Unterricht problemlos folgen könne, heißt es in dem Papier weiter. In einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszei-

tung hatte sich der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder für einen solchen „Nationalen Aktionsplan Integration“ ausgesprochen. Kauder hatte auch vor dem Hintergrund des Hilferufes der Lehrer einer Berliner Hauptschule - dazu aufgerufen, Integrationspolitik endlich wieder ernst zu nehmen. Dies sei eine Aufgabe von nationaler Bedeutung, fügte er hinzu. Zustände wie an der Rütli-Hauptschule dürften nicht „zum Normalfall in Großstädten“ werden.

Mit Leidenschaft wieder Lust aufs Gewinnen

„Moments of glory“. Die Pop-Hymne der Scorpions zum Vorstellungsfilm des Spitzenkandidaten erfüllte den Kino-Saal des Babylon mit tragenden Klängen.

Der Film zeigt Berlin mit all seiner Geschichte, vor allem aber einen Kandidaten, der mit seiner Erfahrung und Kompetenz endlich die Probleme der Stadt angehen und ihre Chancen nutzen kann; einen Kandidaten, der gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern Zukunft gestalten will.

Das erste große Lob des Nachmittags für Friedbert Pflüger kam vom Landesvorsitzenden Ingo Schmitt. In seiner Einführungsrede stellte er klar, dass die Besinnungskrise der Berliner Union nun überwunden und dies besonders mit dem Namen Friedbert Pflüger verbunden ist. Es folgten Weihen von höchste Stelle. Bundes-

kanzlerin Angela Merkel sagte, dass die Berliner Union mit Friedbert Pflüger einen Spitzenkandidaten habe, „der für die

didat stellte dies im ersten Satz seiner Rede klar: „Meine Damen und Herren, liebe Freunde, mein Name ist Friedbert

sidenten zeigte in seiner über einstündigen Rede die Alternativen für Berlin auf. Der Spruch Wowereits, Berlin sei „arm,

Nach dem Wahltag am 17. September solle außerdem Schluss sein mit rechtsfreien Räumen und Gewalt an den Schulen.

„An unseren Schulen muss wieder Deutsch gesprochen werden“, sagt Friedbert Pflüger.

Bei der Kriminalitätsbekämpfung orientiert sich der CDU-Spitzenkandidat am Beispiel der in New York praktizierten „Null Toleranz“. Pflüger: „Das heißt: Alle Toleranz für die anständigen Berliner gleich welcher Herkunft. Aber Null Toleranz gegen das Verbrechen!“ Den Delegierten hatte Friedbert Pflüger offensichtlich aus dem Herzen gesprochen.



Bundeskanzlerin Merkel: Friedbert Pflüger ist jemand, „der für die Stadt ackert.“

er klar, dass die Besinnungskrise der Berliner Union nun überwunden und dies besonders mit dem Namen Friedbert Pflüger verbunden ist. Es folgten Weihen von höchste Stelle. Bundes-

Stadt ackert, der die richtige Leidenschaft für Berlin hat“. Den Delegierten rief die CDU-Bundesvorsitzenden zu: „Ich habe den Eindruck, Sie haben wieder Lust aufs Gewinnen.“ Der Spitzenkan-

Pflüger und ich will Regierender Bürgermeister von Berlin werden.“ Der ehemalige Büroleiter des Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker und Pressesprecher des späteren Bundesprä-

aber sexy“, sei für die Menschen in der Stadt zynisch. Pflüger setzt sein persönliches Engagement und seine internationalen Beziehungen dagegen, um Investoren zu finden.

Sie dankten es ihm in geheimer Abstimmung mit einem Ergebnis von 97,5 Prozent Zustimmung. (Der Vorstellungsfilm sowie der Programmwurf ist unter www.cdu-berlin.de zu finden).

„So einer hat gefehlt - jetzt geht der Wahlkampf los“

Die Aufbruchstimmung, die in der Partei seit Pflügers Nominierung herrscht, steigerte sich während der Inszenierung zur lauten Begeisterung.

Der Tagesspiegel

Pflüger zeigt sich als historisch denkender Mann. Und er gibt sich als Mann der Ernsthaftigkeit. In jeder Hinsicht stößt er sich vom Leichtfuß Wowereit. Die eiserne Härte des regierenden Partymeisters Wowereit versteckt dieser erfolgreich hinter frivolen Auftrit-

ten und losen Sprüchen, wie dem, Berlin sei „arm aber sexy“. Pflüger weiß, dass ein Bürgermeister, der im Seniorenheim Muckefuck trinkt, weit über die CDU hinaus sympathischer wirkt als einer, der Perlwein aus Stöckelschuhen nimmt.

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung



Da jubelt die Hauptstadt. So einer hat gefehlt, jetzt kommt Schwung in den

Wahlkampf. **Die Welt kompakt**

CDU krönt ihren Wowinator. **Berliner Kurier**

Rückenwind erhielt die Hauptstadt-Union und ihr Kandidat von Bundes-

kanzlerin Angela Merkel. In einer 47minütigen Rede machte sie der Berliner CDU Mut

und Hoffnung auf Wahlkampfhilfe aus dem Bundeskanzleramt.

Berliner Morgenpost

„Ganz großes Kino“ **Der Spiegel**

Pflüger gekrönt! **BILD**

Jetzt geht der Wahlkampf richtig los!

B.Z.

Friedbert Pflüger zeigt Siegerwillen.

Berliner Morgenpost

Berlin kann mehr - Signal des Aufbruchs für die Berliner Union

„Mein Name ist Friedbert Pflüger. Ich will Regierender Bürgermeister von Berlin werden.“

Gleich mit diesen ersten Sätzen hatte Friedbert Pflüger die begeisterten Delegierten auf seiner Seite. Es folgte eine mitreißende Tour d'Horizon durch die Berliner Landespolitik. Ins Zentrum seiner Rede stellte Pflüger die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. Auf diesen Feldern griff er Rot/Rot scharf an: „Der Senat hat es versäumt, bei 19 Prozent Arbeitslosigkeit, den Standort Berlin zu sichern.“ Rot-Rot sei ein einziges „Investitionsabschreckungsprogramm“, stehe für Minuswachstum. Pflüger: „Berlin muss sich viel stärker um Investoren bemühen, als dies bisher der Fall gewesen ist“. Pflüger kritisierte Wowereits Berlin-Motto „arm, aber sexy“: „Die Menschen halten diesen Spruch für zynisch.“ Unter Rot-Rot sei die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen und liege um mehr als ein Drittel höher



„Was mich stört, ist die Zeitgleichheit von Dauerfete einerseits und wachsender Armut andererseits.“

als im Bundesdurchschnitt. Rot-Rot habe die Stadt nicht sozialer, sondern ärmer gemacht. Pflüger sagte weiter: „Ich bin nicht gegen Partys und Feiern und ich bin auch

kein spießiger Spaßverderber, aber was mich stört, ist die Zeitgleichheit von Dauerfete einerseits und wachsender Armut andererseits.“ Der Skandal an

der Rütli-Hauptschule, der nur die Spitze eines Eisberges sei, zeige, dass auch in der Berliner Bildungspolitik etwas geschehen müsse. Pflüger sagte dem

auch verstanden wird. Das kann nur ein unionsgeführter Senat.“ Die Delegierten dankten ihrem Spitzenkandidaten mit minutenlangen Standing Ovations.

Unterrichtsausfall von 600.000 Schulstunden jährlich den Kampf an und schlug vor, an den Hauptschulen Berufsausbildungsmodulen in den Klassenstufen 9 und 10 einzuführen. Auch müsse der Religionsunterricht, so Pflüger, wieder gleichwertiges Wahlpflichtfach werden. Die Begeisterung unter den Delegierten war groß als Pflüger – anknüpfend an die vorausgegangene Rede Angela Merkels – den Wechsel in Berlin am 17. September anmahnte: „Wenn sich Bund und Länder stärker für die Hauptstadt einsetzen sollen, muss Berlin eine Politik machen, die außerhalb der Stadt

Merkel fordert mehr CDU für Berlin

Die Botschaft der Kanzlerin war eindeutig. „Wenn sich der Bund für Berlin einsetzen soll, muss in Berlin auch vernünftig Politik gemacht werden.“

Das ist im Moment nicht

der Fall“, sagte sie als Gastrednerin auf dem CDU-Landesparteitag. In ihrer Rede im Kino Babylon empfahl die Kanzlerin ihn für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin.

Beide kennen und schätzen sich seit Jahren. Während dieser Zeit sind sie auch zum persönlicheren „Du“ übergegangen. Für beide ist Berlin nicht nur Dienstort sondern auch Wohnort und Lebensmittelpunkt. Und damit ist Angela Merkel das Wohl der Hauptstadt auch ein persönliches Anliegen. „Berlin ist mir eine wichtige zweite Heimat geworden“, sagte sie. „Daher liegt mir das Schicksal der Stadt sehr am Herzen. Berlin als Schaufenster Deutschlands könnte besser dastehen, aber dafür braucht es mehr CDU.“ Auf die aktuelle Misere an der Rütli-Hauptschule eingehend, benannte Angela Merkel die Verant-



wortlichen im rot-roten Senat und deren Versagen. „Wer Briefe wochenlang herumliegen lässt, der hat nicht den Anspruch, dass gut über ihn gesprochen wird.“ Gemeint ist Schulse-nator Böger, der den Hilferuf der 31 Lehrer der Rütli-Hauptschule zunächst ignoriert hatte. Die Kanzlerin versprühte Optimismus auf dem Parteitag, verbunden mit der Hoffnung auf

einen positiven Wahlausgang für die Berliner Union im September. Sie verwies auf die Zugewinne der CDU in Sachsen-Anhalt. Dort lag die Partei noch 1998 bei lediglich 22 Prozent und steigerte sich bis 2002 auf 37 Prozent. Merkel: „Sie können das schaffen, wenn Sie sich nicht selbst im Weg stehen. Und das tun Sie, Gott sei Dank, seit einigen Wochen nicht mehr.“



„Rot-Rot hat Berlin nicht sozialer, sondern ärmer gemacht!“



Friedbert Pflüger

Mehr als 310.000 Menschen sind im Frühjahr 2006 in Berlin ohne Arbeit.

Das Statistische Landesamt hat errechnet, dass das Bruttoinlandsprodukt der Hauptstadt im Jahr 2005 um 0,2 Prozent geschrumpft ist. „Der Rückgang der Wirtschaftsleistung habe sich somit nach dem zwischenzeitlichen

Stillstand 2004 wieder fortgesetzt. Erneut blieb Berlin hinter der Entwicklung der deutschen Wirtschaft zurück, die 2005 um 0,9 Prozent gewachsen war“, so die schonungslose Analyse der Statistiker. Friedbert Pflüger wird deutlich:

„Rot-Rot hat die Stadt nicht sozialer, sondern ärmer gemacht - „Arm aber sexy“, wie Klaus Wowereit die Misere zu verkaufen versucht. Dieser Spruch ist kein Ausdruckschüler – Herr Wowereit

hat ihn wiederholt benutzt und ist auch noch stolz darauf. Aber die Menschen in den sozialen Brennpunkten unserer Stadt, die streikenden Arbeitnehmer bei CNH und JVC können damit nichts anfangen – sie halten den Spruch zu Recht für zynisch!“

Der amerikanische Großkonzern General Electric wollte hier Arbeitsplätze schaffen – hatte Berlin als Sitz eines neuen Forschungszentrums in Europa

ins Auge gefasst. Die Wirtschaftswoche beklagte: „Berlin ließ diese Chance aus. Weil sich niemand im Senat Zeit genommen habe, seien die Emissäre des Konzerns gleich weiter

nach München gereist und dort mehrfach von Ministerpräsident Stoiber empfangen worden. Offensichtlich ist man sich im Roten Rathaus für Kärnerarbeit zu fein. Statt sich am Verhandlungstisch mit Investoren zur Decke zu strecken, beschäftigt sich der Regierende Bürgermeister lieber eingehend mit der Dschungelkönigin.“ (Wirtschaftswoche vom 02.12.2004).

Pflüger erbot: „Das hat offenbar System: Rot-Rot – zumal ein PDS-Wirtschaftssenator – ist ein einziges Investitionsabschreckungsprogramm! Ganz konkret: Ich werde als Regierender Bürgermeister sofort einen



Beim USA-Besuch: Pflüger mit Rockefeller.

Vorschlag der IHK-Berlin aufgreifen: Sie drängen den Senat seit eineinhalb Jahren, einen Ausländerschalter für Investoren in der Industrie- und Handelskammer einzurichten. Die IHK ist bereit, den Schalter einschließlich der Sachkosten zu stellen, der Senat müsste lediglich einen Mitarbeiter aus der Behörde am Friedrich-Krause-Ufer abziehen. Aber der rot-rote Senat weigert sich – internationale Investoren müssen weiterhin Nümmerchen ziehen und anstehen. Diese Mischung aus Ideologie, Weltfremdheit und Bürokratie wird den Wahltag am 17. September nicht überdauern!“



Ratloses Zwiegespräch zwischen Wirtschaftssenator Wolf (PDS) und Klaus Wowereit (SPD).

CDU: Mauergedenken muss Chefsache werden



Ingo Schmitt

Ende März stellte PDS-Senator Flierl den Kulturexperten der Fraktionen von Bundestag und Abgeordnetenhaus das rot-rote Mauerkonzept Senats vor. Viele Punkte bleiben dabei jedoch offen.

Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Ingo Schmitt, reagierte verhalten auf den rot-roten Entwurf zur Erinnerungskultur: „In Berlin fehlt noch immer ein breit verankertes, demokratisches Geschichtsbild für die Zeit der SED-Diktatur. Das vorliegende Konzept des Senats, eine Art ‚Mauergedenken light‘, reicht nicht aus, um die zentralen Gedenkort in ihrer Bedeutung angemessen zu würdigen. Hierzu gehöre

auch eine entsprechende Unterstützung der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Zudem dürfe der Checkpoint Charlie nicht zu einer Stätte des „Kalten Krieges und der Blockkonfrontation“ degradiert werden. Darüber hinaus äußerte der CDU-Landesvorsitzende Zweifel an der Aufrichtigkeit des Senators in der Gedenkstättenfrage: „Schon mit der unsäglichen Schleifung der Mauerkreuze am Checkpoint Charlie im vergangenen Jahr hat PDS-Senator Flierl gezeigt, wie ernst es ihm mit der Erinnerung an das SED-Unrecht ist. Zudem hat seine Integrität nach dem peinlichen Auftritt in der Gedenkstätte Hohenschönhausen vor einigen Wochen erheblichen Schaden genommen.“ Der PDS-Senator hatte unter anderem ehemalige Sta-

si-Täter als „Zeitzeugen“ bezeichnet und konnte nur durch den Zusammenhalt der Fraktionen von SPD und PDS einer parlamentarischen Rüge entgehen.



Schmitt weiter: „Es darf keine Geschichtsklitterung geben, indem es bewusst versäumt wird, die Auswirkungen der kommunistischen Diktatur und die

politisch Verantwortlichen in dem Gedenkstättenkonzept konkret darzustellen und zu benennen. Schmitt: „Täter müssen Täter und Opfer müssen Opfer blei-

ben.“ Schmitt verwies in diesem Zusammenhang auf das Gedenkstättenkonzept der Berliner CDU, das bereits im September 2005 vorgestellt wurde:

„Der Erinnerung an die Toten der Mauer und an ihre vergessenen Opfer gebührt oberste Priorität. Die Verantwortung für Mauer und Schießbefehl trägt die SED-Führung, die ideologischen und politischen Gründe für ihr Handeln müssen erklärt und dargestellt werden.“ Abschließend äußerte sich Schmitt zur Umsetzung des Projekts: „Die Erinnerung an die Berliner Mauer ist von gesamtstaatlicher Bedeutung und daher eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Ein solches Konzept darf vor allem nicht allein PDS-Senator Flierl überlassen werden.“ Schmitt forderte den Regierenden Bürgermeister Wowereit daher auf, das Gedenkstättenkonzept innerhalb des Senats an sich zu ziehen und endlich zur Chefsache zu machen.

200 Millionen Euro gegen stinkende Schultoiletten



Carsten-Michael Röding

Die Verwahrlosung von öffentlichem Eigentum wie Straßen, Grünflächen und öffentlichen Gebäuden hat in Berlin dramatische Formen angenommen. Die Berliner CDU will nun mit Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) gegen die Verwahrlosung von Berliner Schulen vorgehen. Schlaglöcher, marode Spielgeräte und kaputten Parkbänke oder die stinkende Schultoilette. Der

Instandhaltungsrückstau wird bereits heute mit über 2 Milliarden Euro beziffert und der Rot-Rot betreibt allenfalls Flickschusterei. Der enorme Wertverlust von öffentlichem Eigentum wird ebenso in Kauf genommen wie die Arbeitslosigkeit im Handwerk und im Baugewerbe von mittlerweile über 50 Prozent in dieser Stadt. Die Berliner CDU wird eine Strategie vorlegen, die neben der Verbesserung des halbherzigen Schul- und Sportanlagen-Sanierungsprogrammes sowie des Anti-Schaglochprogrammes ein

Investitionsprogramm u.a. für Spielplätze und Schulen enthält. Der Spandauer Baustadtrat und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende, Carsten-Michael Röding: „Dabei werden wir auch privates Kapital durch sog. „Öffentliche-Private-Partnerschaften“ für Berlin nutzen. Insbesondere im Schulbereich haben es uns andere Städte, wie etwa das CDU-regierte Köln vorgemacht. Hier fließen zusätzlich 34 Millionen Euro. Den guten Beispielen folgend, laufen die Vorarbeiten dafür bereits. Etwa in Reinickendorf,

wo Bezirksbürgermeisterin Marlies Wanjura (CDU) sich nicht mit maroden Schulen abfindet oder in Spandau, wo das Bezirksamt unter Führung von Bezirksbürgermeister Konrad Birkholz (CDU) bereits eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für ÖPP an zehn Grundschulen durch die TU erstellen lässt. Und der rot-rote Senat spielt ‚Toter Mann!‘“ Röding: „Die Berliner CDU will, dass in den nächsten fünf Jahren durch Öffentliche-Private Partner-

schaften mindestens 200 Millionen Euro zusätzlich in die Sanierung von Schulen investiert werden. Unsere Schulen und vor allem unsere Kinder müssen uns das wert sein.“



Europäische Identität und islamische Herausforderung



Gerhard Schmid

In der Debatte über Integration rückt auch das Verhältnis von europäischer Identität und islamischer Werteordnung verstärkt in den Vordergrund. Zu diesem Thema wird die Berliner CDU-Fraktion eine Veranstaltung mit dem Titel „Europäische Identität und

islamische Herausforderung“ durchführen. Es diskutieren u.a. Katrin Schultze-Berndt MdA, schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Berlin, Gerhard Schmid, Vorsitzender des Landesfachausschusses ‚Schulpolitik und berufliche Bildung‘, sowie Dr. Rainer Glagow, Islamwissenschaftler und Historiker. Die Veranstaltung findet statt im Preußischen Landtag, Raum 376, Niederkirchnerstr.

5 und beginnt um 19 Uhr. CDU-Schulexperte Gerhard Schmid erklärte im Vorfeld: „In zehn Jahren werden 52 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in den Ballungszentren Deutschland, auch in Berlin, aus Migrantenfamilien stammen und überwiegend dem islamischen Glauben angehören. Gerade der Bereich der Bildungspolitik wird von integrationspolitischen und kulturellen

Herausforderungen geprägt sein.“ Schmid weiter: „Als die deutsche Leitkultur noch stark und selbstbewusst war und Deutschland eine große Ausstrahlung als Kulturnation besaß, gelang es ohne Schwierigkeiten, europäische Zuwanderer zu integrieren. Daher muss heute in den Schulen Kunst und Geist der großen Epochen der europäischen Kultur wieder verstärkt vermittelt werden.

Dazu gehört auch der Religionsunterricht. Die christlich-abendländischen Werte Deutschlands und Europas bedürfen der Stärkung und der selbstbewussten Anwendung. Ohne eigene Identität kann Europa seine historische Rolle nicht erfüllen. Ohne eigene Identität kann auch Deutschland seine Rolle in Europa nicht erfüllen.“



SPD und PDS gegen mehr Jugendbeteiligung



Sascha Steuer

Mit großer Überraschung nahm die CDU-Fraktion die Ablehnung unserer Initiative zur Einrichtung eines Landesjugendparlaments durch die Koalition auf. Der jugendpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Sascha Steuer, hatte einen entsprechenden Antrag eingebracht, den er gemeinsam mit Jugend-

lichen erarbeitet hatte. So sollte ein Jugendparlament im Abgeordnetenhaus angesiedelt werden, in dem rund 150 Jugendliche zu allen jugendrelevanten Themen Beschlüsse fassen können. Dazu sollten in allen Bezirken Wahlen stattfinden, an denen alle 14 bis 25-jährigen teilnehmen können. SPD und PDS machten in der Debatte deutlich, dass sie dieses Vorhaben ablehnen. Sascha Steuer: „Offensichtlich haben SPD und PDS Angst vor den kri-

tischen Stimmen der Berliner Jugendlichen gegen die Kürzungen des Senats in der Jugend- und Bildungspolitik. Die Argumentation der jugendpolitischen Sprecherin der SPD, Frau Müller, ist geradezu infam. Sie will ein Landesjugendparlament erst einrichten, wenn es in alle Bezirken Jugendparlamente gibt, die SPD hatte erst in der letzten Woche die Einrichtung eines Jugendparlamentes in Neukölln abgelehnt. Die Ablehnung ist auch ein

Schlag ins Gesicht der Jugendlichen, die den Antrag erarbeitet hatten. Der Text wurde in einer Arbeitsgruppe des Jugendforums erarbeitet, in der ausschließlich ungebundene Jugendliche mitarbeiteten, ein erster Schritt zu mehr Partizipation, wie es die EU-Beschlüsse von Lissabon fordern. SPD und PDS haben damit gezeigt, dass es ihnen nur um die Stimmen der Jugendlichen am 17. September geht, nicht aber um eine echte Beteiligung.“

SICHERHEIT DURCH KOMPETENZ

SAFETY

OBJEKTSCHUTZ
REWEKONTROLLE
VERANSTALTUNGSDIENST
ALARMZENTRALE
ALARMVERFOLGUNG
ARBEITSSICHERHEIT
KURIERDIENST
GLAS- UND GEBÄUDEREINIGUNG
ERRICHTUNG VON SICHERUNGS- UND RAUMSCHUTZANLAGEN

Safety Unternehmensnetz GmbH
Strelauer Allee 35 10945 Berlin
Tel.: 030 - 29 33 94 - 0 • Fax: 030 - 29 33 94 - 11

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG
verantwortlich für Inhalt und Bildrechte, sofern nicht gesondert ausgewiesen:
Berliner Presse- und Informationsdienste
Verlags- und Werbeagentur mbH (bpi),
Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin
Tel.: 030 - 20 64 16 - 0 • Fax: 030 - 20 64 16 - 66

CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze
REDAKTION: Stefan Sukale, Jan Luther

BILDNACHWEIS
VON OBEN LINKS NACH UNTEN RECHTS
S.1: 4x Reitze; Privat; S.2: Lüders; Reitze; Privat;
CDU; S.3: Reitze; Hufnagel; CDU; S.4: alle Reitze;
S.5: alle Reitze; S.6: 2x Reitze; Privat; Thiedemann;
S.7: Reitze; Privat; Istock; Lüders; S.8: Privat

ANZEIGEN
Alexander Göbel
BANKVERBINDUNG
Deutsche Bank, Kto.: 107 117 400
BLZ 100 700 00
DRUCK
Druckerei Vettors, Radeburg
Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Nächste
Berliner Rundschau
am 6. Mai 2006



Hilferuf der Rütli-Schule Rot-Rot lässt Betroffene im Stich

von Friedbert Pflüger

Der Hilferuf der Rütli-Schule erschüttert seit Tagen Berlin. Ganz Deutschland wird Zeuge der verfehlten und ideologischen Bildungs- und Integrationspolitik des rot-roten Senats. Die Rütli-Schule ist nur die viel zitierte „Spitze des Eisbergs“: Auch andere Berliner Schulen stehen auf der Kippe – der Brandbrief der Theodor-Plivier-Oberschule im Wedding führt uns das mit schonungsloser Offenheit und Härte vor Augen. Jahrelang hat der rot-rote Senat die Alarmzeichen ignoriert und die Betroffenen – vor allem die Lehrerinnen und Lehrer – im Stich gelassen. Wenn Klaus Wowereit tatsächlich glaubt, die Probleme mit „jungen und unverbrauchten“ Lehrern meint lösen zu können, so ist das nicht nur eine infame Beleidigung der Lehrkräfte an Problemschulen, sondern zeugt auch von verantwortungsloser

Blauäugigkeit. Denn: Die Probleme an den Schulen haben vor allem gesellschaftspolitische Ursachen. Es geht nicht um eine Frontlinie zwischen Deutschen und Ausländern, sondern um rechtschaffene Bürger versus Kriminelle, Drogenhändler, Gewalttäter und Extremisten. Gemeinsam müssen wir für mehr Ordnung, Disziplin, Rücksichtnahme und Solidarität an den Schulen kämpfen, dazu muss die Mehrheit der Deutschen und Migranten die Minderheit der Kriminellen und Gewalttäter isolieren. Fleiß, Höflichkeit, Pünktlichkeit, Verlässlichkeit und Pflichtbewusstsein sind nicht nur deutsche Tugenden – die Mehrheit der Eltern mit Migrationshintergrund wünscht sich, dass ihren Kindern diese Werte in der Schule vermittelt werden. Multi-Kulti-Träumereien haben diese Art der fördernden und fordernden In-

tegrationspolitik jahrelang verhindert. Jugendliche müssen frühzeitig vor Gewalt und Kriminalität abgeschreckt werden. Sie müssen wissen: Der Serienstraftäter ist kein Vorbild – sein Weg führt in die Sackgasse. Wenn aber alle Möglichkeiten der Gewaltprävention nicht greifen, müssen Jugendliche frühzeitig die Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen. Nur wenn der Rechtsstaat auch seine „Zähne zeigt“, wird er respektiert! Für Jugendliche, die regelmäßig polizeilich auffällig werden, fordern wir die Einführung eines Kurzarrests, um sie frühzeitig und drastisch vor einer weiteren „Knastkarriere“ zu warnen. Bei Jugendlichen, die schwerste Straftaten begangen haben, plädieren wir für die Möglichkeit einer geschlossenen Heimunterbringung, damit sie pädagogisch und therapeutisch behandelt werden können. Auslän-

dische Intensivstraftäter müssen – auch wenn sie noch zur Schule gehen – im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten in ihr Herkunftsland abgeschoben werden.



INFO-
COUPON

Berlin kann 's besser - Machen Sie mit!

Vor- und Zuname
Straße
PLZ / Ort
Telefon / Telefax
eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

CDU Berlin
Wallstraße 14A
10179 Berlin
Tel.: 0 30. 32 69 04 -0
Fax: 0 30. 32 69 04 -44
eMail: cduberlin@cduberlin.de



www.cduberlin.de